



Einladung zum Werkstattgespräch: Flucht und Asyl – Flüchtlingsinitiativen suchen den Dialog mit der Politik

Ort: Gesamtschule Niederwalgern,
Schulstraße 18, 35096 Weimar (Lahn)
Raum Mensa

Datum: 13.11.2019

Zeit: 19:00 - 21:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

geflüchtete Menschen und Flüchtlingsinitiativen haben in den vergangenen Jahren gemeinsam daran gearbeitet, tragfähige Lebensperspektiven zu schaffen. Es liegt auf der Hand, dass es dabei gelegentlich zu Konflikten zwischen Betroffenen und Flüchtlingsinitiativen auf der einen Seite und Behörden auf der anderen Seite kommt.

Das gemeinsame Ziel aller Beteiligten in diesem Prozess, Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unsere Gesellschaft, von der Erstversorgung, Begleitung und Orientierung im Alltag bis hin zur Eigenständigkeit, ist vorrangig.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf und in der Universitätsstadt Marburg ist es uns gelungen, auftretende Missverständnisse frühzeitig zu klären und gemeinsam nach Lösungen bei Konflikten zu suchen. Allen Beteiligten gilt dafür Dank und Anerkennung. Das freiwillige Engagement vieler Menschen in seinen unterschiedlichen Ausprägungen trägt wesentlich dazu bei, dass das Zusammenleben in unserer Region gelingt.

Völlig anders stellt sich die Situation auf der Landes- und Bundesebene dar. Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der hessischen Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Gießen stoßen bei Geflüchteten und Flüchtlingsinitiativen zunehmend auf Unverständnis:

- Warum werden individuelle Fluchtgründe häufig pauschal negiert?
- Warum werden fachärztliche Gutachten nahezu immer dann ignoriert, wenn sie gegen eine beabsichtigte Abschiebung sprechen?
- Warum werden Menschen abgeschoben, die einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz nachweisen können?
- Warum werden Kinderrechte bei Abschiebungen nicht hinreichend gewürdigt?
- Warum wird in Länder abgeschoben, für die das Auswärtige Amt Reisewarnungen ausgesprochen hat?
- Warum werden Menschen unter Vorwänden zu Behörden gelockt und dort in Abschiebehaft genommen?
- Warum werden sachlich falsche Übersetzungen in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren immer wieder toleriert und gegen Betroffene ins Feld geführt?

Das sind nur einige der Fragen, die sich Flüchtlingsinitiativen und freiwillig Engagierte immer wieder stellen. Diese müssen politisch beantwortet werden. Behörden sind dazu nicht alleine in der Lage. Deshalb suchen Flüchtlingsinitiativen den Dialog mit regionalen Politikerinnen und Politikern. In einem „Werkstattgespräch“ im kleinen Kreis wollen wir gemeinsam nach Auswegen aus der

zunehmenden Entfremdung zwischen Politik und Zivilgesellschaft suchen. Um Medienecho, Rechtfertigung und Schuldzuweisung geht es an diesem Abend nicht. Lösungsansätze sind gefragt!

Der Kreistagsvorsitzende Detlef Ruffert (SPD), der Erste Kreisbeigeordnete Marian Zachow (CDU) und die Kreisvorstände von Grünen und Linken haben bereits ihre Dialogbereitschaft signalisiert. Aus Kreisen der FDP gibt es bisher keine Rückmeldung. Einen Dialog mit der AfD halten die meisten Flüchtlingsinitiativen nicht für zielführend. Selbstverständlich sind auch andere Politikerinnen und Politiker demokratischer Parteien herzlich willkommen.

Die Einladung kann gern weitergegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen

vom Koordinierungsteam des **KREISWEITEN NETZWERKS EFI:**

Nurgül Santur	Leiterin der Koordinierungsstelle für Flüchtlingsinitiativen des Landkreis Marburg-Biedenkopf, angesiedelt bei INTEGRAL gGmbH,
Miriam Leiberich	Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete – WIR - Fallmanagement, Büro für Integration, Landkreis Marburg-Biedenkopf
Andrea Fritzsch	Koordinatorin Integrationsmaßnahmen, WIR - Fallmanagement, Magistrat der Universitätsstadt Marburg
Doris Heineck	Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf, Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt (BiP))

Kontakt: Nurgül Santur, Tel.: 06421 - 9854-60, E-Mail: Koordinierungsstelle@integral-online.de



Koordinierungsstelle
Flüchtlingsinitiativen

